

73

24. August 1945 nachmittags

Capt. Schweizer:

1. Das beantragte Gesetz- und Verordnungsblatt kann gestartet werden. Es darf jedoch nicht an Zivilisten und an zivile Stellen verkauft werden, sondern ist nur für offizielle und halboffizielle Stellen bestimmt. Jede Ausgabe ist vor Drucklegung durch die Militärregierung zu genehmigen. Etwa 250 Exemplare werden jeweils von der M. Regierung gebraucht.³⁹⁰

2. Die Frage Lindau wurde besprochen und es wurde verabredet, daß ein kurzes Memorandum zur Weitergabe an höhere Stellen eingereicht werden soll.³⁹¹

3. Die Frage eines Kurierdienstes für den Verkehr der Regierung mit den Regierungspräsidenten wurde erwogen.³⁹² Die Bayerische Regierung soll einen Wagen beschaffen und die Militärregierung wird versuchen, das Benzin zu bekommen.³⁹³ Beabsichtigt ist ein zweimaliger Dienst in der Woche.

³⁹⁰Vgl. zum Fortgang Nr. 84–86.

³⁹¹Mehrere Gespräche Geßlers mit dem französischen Gouverneur von Lindau im August 1945 hatten ergeben, daß dieser einerseits eine verwaltungsmäßige Trennung zwischen dem in Personalunion ausgeübten Bürgermeister- und Landratsamt in Lindau wünschte, andererseits strebte er, da der Landkreis in allen Verwaltungszweigen von der amerikanischen Besatzungszone abgetrennt war, für die vom Landrat vertretene innere Verwaltung, aber auch für Justiz, Finanzen, Eisenbahn und Post eine einzige zuständige Persönlichkeit als Ansprechpartner an. Dies mündete später in das Amt des Kreispräsidenten von Lindau. Laut Geßler hatte sich der ehemalige Reichsernährungsminister (1922) und bayer. Landwirtschaftsminister (1924–1930) Anton *Fehr* (1881–1954) bereit erklärt, dieses Amt zu übernehmen „falls er sich dabei als Treuhänder der Bayerischen Landesregierung betrachten könne“. Am 21.8. 1945 sprach Fehr darüber mit dem MPr. der vor einer Entscheidung mit RMG Fühlung nahm. Man antwortete ihm, daß eine Entscheidung darüber beim amerikanischen Hauptquartier liege, was Geßler auch dem französischen Gouverneur mitteilte (StK 110916). Zum Fortgang s. Nr. 76.

³⁹²Vgl. Schäffer an Stegerwald, 27. 8. 1945: „Inzwischen ist erreicht worden, daß die Telefonverbindung mit den verschiedenen Regierungssitzen und München wieder steht; es wird weiter von mir ein Kurierdienst eingerichtet, der wöchentlich zweimal alle Regierungssitze besucht. Es ist also nun die technische Möglichkeit, die Verbindung mit München aufrechtzuerhalten, vollkommen gegeben“ (StK 114604). Zum Fortgang vgl. Nr. 75.

³⁹³Die Ausstattung und Versorgung der Militärregierung war im Unterschied zu den regulären US-Einheiten oft mangelhaft. Vgl. *Rossmeyssl*, Demokratie S. 39 f.